



Förderverein Bewährungshilfe Köln e.V.

FBK aktuell

Dezember 2018



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

in jeder Ausgabe von FBKaktuell widmen wir uns einem Schwerpunktthema. In dieser Ausgabe ist es das Verhältnis zwischen Polizei und den verschiedenen Einrichtungen der Straffälligenhilfe. Aber wir haben auch etwas Neues: Ein Gespräch mit einem prominenten fachkundigen Gast, das unser Schwerpunktthema aufgreifen und vertiefen soll. Den Auftakt macht in dieser Ausgabe Jürgen Roters, ehemaliger Regierungspräsident, Oberbürgermeister, aber eben auch Polizeipräsident in Köln. Er hat sich spontan zu einem ebenso kurzweiligen wie informativen Gespräch im Haus Rupprechtstraße bereit erklärt. Das Ergebnis finden Sie im Interview. Wir bedanken uns bei Herrn Roters herzlich.

Auch eine neue Rubrik wollen wir unter dem Stichwort „Zeitzeugen“ einführen: Das Portrait einer Person, die sich in ihrem Leben um die Belange der Straffälligenhilfe verdient gemacht hat. In dieser Ausgabe beginnen wir mit Margarete Meyer, langjährige Bewährungshelferin, Vorstandsmitglied des Fördervereins Bewährungshilfe Köln und vielseitig interessierte Beobachterin der Entwicklung der Straffälligenhilfe in Köln.

Viel Spaß bei der Lektüre,

Ihre Redaktion

Die Polizei – Dein Freund und Helfer?

Die Älteren von uns haben es noch in Erinnerung: Das Bild des „Schupos“, der vor den Schulen darauf achtete, dass uns Kleinen nichts passierte. Wir kannten ihn, vertrauten ihm, er kam zu uns in die Schule, um uns die Verkehrsregeln zu erklären oder uns mit einem Comic-Blatt vor dem „bösen Mann“ zu warnen. Die damals Älteren haben noch den Polizisten kennengelernt, der auf dem Ebertplatz den Verkehr regelte, wie in Margarete Meyers kleiner Erinnerung. Von „Bullen“ sprachen damals nicht einmal die Ganoven.

Aber da gibt es auch das andere Bild: Polizeibeamte, die beim Besuch des persischen Schahs auf Demonstranten einprügeln und mit dem „linken Gesocks“ wenig Mitleid haben.

In dieser Zeit prallten Welten aufeinander: Studenten, die der Republik mit Macht den Staub vom Gewand der 50er Jahre pusten wollten, und Polizisten, die sich nur zu oft als militante Verteidiger des Obrigkeitsstaates sahen, angewiesen von Vorgesetzten als den Vertretern von „Recht und Ordnung“, gedeckt von der Springerpresse. Recht war das nicht und in Ordnung war gar nichts. Auch andere Gruppen haben dieses „Ordnungsdenken“ zu spüren bekommen: Randgruppen wie Schwule, die sich nicht sicher sein konnten, nach der Verletzung auf der Straße nicht die nächste Erniedrigung auf der Polizeiwache zu erleben, Opfer von Vergewaltigungen, die zuerst – von männlichen Beamten – vernommen („Was macht die auch so spät auf der Straße?“) und erst danach medizinisch betreut wurden. Mit den „Kriminellen“ wurde ebenfalls nicht viel Federlesens gemacht, man kannte „die Brüder“ ja, wer wird denn da so zimperlich sein? Haben diese laschen Haftrichter in Köln denn gar nichts kapiert? Lassen die den schon wieder laufen? Ohne U-Haft kriegen wir den doch nie weichgeklopft!

Klar, der Beruf des Polizisten war auch damals anstrengend, nicht selten gefährlich. Aber klar ist auch, dass sich an dieser – an alte preußische Zeiten erinnernden – Haltung etwas ändern musste.

Und wie sieht es heute aus? Wofür steht die Polizei?

Lassen wir das machtvolle Verteidigen von Weltwirtschaftsführern in Hamburg, das unguete Erinnerungen weckt, mal beiseite, kommen wir zu einem vielleicht überraschenden Ergebnis: Ausgerechnet wir als Organi-

Polizei die Ordnungsmacht

Der Ebertplatz in den 50er Jahren: Kein tosender Verkehr wie heute, viel weniger Autos natürlich, aber doch eine lebhafte Kreuzung ohne Verkehrsampeln. In der Mitte des Platzes auf einem Podest ein Polizist, weiße Handschuhe, Trillerpfeife, roter Kopf, Bauch.

Die Autofahrer fürchten ihn, die Schulkinder auch. Wenn er das Podest verlässt und auf einen Verkehrsteilnehmer zustürzt, wird es ernst. Aber es funktioniert. Und vor Weihnachten liegen Berge von Geschenkpackchen rund um das Podest. Autofahrer grüßen im Vorbeifahren: Frohe Weihnachten und guten Rutch.

sation innerhalb der Straffälligenhilfe kommen nicht umhin, den Umgang mit der Polizei – oder besser: ihren Umgang mit uns – zu loben. Es hat ein

Umdenken stattgefunden, weg von der Konfrontation, hin zu mehr Kooperation. Es bestehen regelmäßige Kontakte zwischen Bewährungshilfe und Polizei, unter anderem mit dem Ergebnis, dass bei Vorfällen heute in der Regel der Bewährungshelfer oder die Bewährungshelferin frühzeitig hinzugezogen werden. Im Bereich der Sexualstraftäter sind Einrichtungen geschaffen worden, die ein offenes Miteinander möglich machen. Und auch das Haus Rupprechtstraße, immerhin ein Wohnheim für straffällig Gewordene mitten in einem belebten und dicht besiedelten Viertel von Köln, profitiert von den guten Kontakten zur örtlichen Polizeidienststelle. Ist es mehr als nur ein bisschen mehr gegenseitiges Verständnis? Ganz sicher, denn Zusammenarbeit und gegenseitiges Verständnis bringen immer auch ein Stück Prävention – Sicherheit durch Vorbeugen – mit sich. Und damit ist allen gedient, den Bürgern wie den „Sorgenkindern“.

Wolfgang Heidemann



Das waren noch Zeiten...

Interview mit Martin Hövelkamp

Stellvertretender Leiter des Kriminalkommissariats 12 in Köln

Herr Hövelkamp, bitte stellen Sie sich kurz vor:

Ich habe 1979 meine Ausbildung zum mittleren Polizeivollzugsdienst begonnen und war anschließend ab 1981 im damaligen Schutzbereich III in Köln-Sülz im Wach- und Wechseldienst tätig.

Im Rahmen des damaligen Dienstes hatte ich erste Berührungspunkte mit dem Haus Rupprechtstraße, wobei ich mich an einzelne Einsätze nicht mehr erinnern kann.

Nach meiner Ausbildung zum gehobenen Dienst auf der Fachhochschule in Köln und etlichen Jahren als Sachbearbeiter beim 2. Kommissariat/Sitte wechselte ich zum damaligen KK 57, welches sich mit jugendlichen Intensivtätern befasste.

Seit neun Jahren bin ich nunmehr als stellvertretender Kommissariatsleiter im ehemaligen 2. K/Sitte, jetzt KK 12 tätig.

Welche Fälle werden im KK 12 bearbeitet?

Neben allgemeinen Sexualdelikten und der Verfolgung von (Kinder) Pornografie im Internet, gehört das Projekt KURS (Konzeption zum Umgang mit rückfallgefährdeten Sexualstraftätern, Anm. der Red.) in unsere Zuständigkeit.

Wie wurden Sie auf die Rupprechtstraße aufmerksam?

Erste Kontakte entstanden durch KURS-Probanden, die sich im Haus Rupprechtstraße „beworben“ hatten und dort anschließend wohnten.

Wie erfolgt der Erstkontakt, die Zusammenarbeit und wie geht es dann weiter?

Sobald sich KURS-Probanden im Haus Rupprechtstraße bewerben, informieren die dortigen Mitarbeiter uns, der erste Austausch erfolgt. Der Bewerber hat dafür im Vorfeld eine Einverständniserklärung unterschrieben.

Die Probanden werden seitens der entlassenden JVA oder einer Einrichtung des Maßregelvollzuges in eine Risikokategorie eingestuft. „A“ sind dabei die Probanden mit der höchsten

fizieren zu können. In Einzelfällen müssen die Probanden auch damit rechnen, zeitweise observiert zu werden, wenn der Eindruck entsteht, dass derjenige akut rückfallgefährdet erscheint.

Wir stimmen uns mit den Mitarbeitern der Führungsaufsicht ab, die als originär zuständige Behörde viel engeren Kontakt zu dem Probanden hat.

Sollte er im Haus Rupprechtstraße unterkommen, besteht auch Kontakt zu den dortigen Sozialarbeitern. Der Proband wird regelmäßig dort aufge-



KURS NRW
KURS NRW
KURS NRW

Rückfallgefahr, während man bei Probanden der „Kategorie C“ von einer geringeren Rückfallgefahr ausgeht.

Sobald „A-Probanden“ zur Entlassung anstehen, wird zeitnah eine Fallkonferenz einberufen, bei der sich dann alle beteiligten Institutionen über den Probanden austauschen.

Unsere polizeilichen Standardmaßnahmen umfassen vor allem regelmäßige Gefährderansprachen in unterschiedlichen Abständen je nach Risikokategorie.

Wir halten aktuelles erkennungsdienstliches Material der Probanden vor, um sie bei einem Rückfall schnell identi-

suchen, um sogenannte Gefährderansprachen durchzuführen und sich auszutauschen. Dabei sind persönliche Kontakte hilfreich.

Gemeinsames Ziel ist es, einen möglichen Rückfall zu verhindern und somit keine neuen Opfer zu schaffen.

Wie erleben Sie die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern der Rupprechtstraße?

Das Haus Rupprechtstraße ist eine von wenigen Einrichtungen in Köln, die KURS-Probanden aufnehmen und sozialpädagogisch betreuen. Ich erachte es als wichtig, dass der Pro-

Zeitzeugen

Margarete Meyer

Margarete Meyer hat 22 Jahre Berufserfahrung als Bewährungshelferin hinter sich. Schon vor ihrer Zeit in der Bewährungshilfe fühlte sie sich zum sozialen Bereich hingezogen. Zwar machte sie nach der



Schule zuerst eine kaufmännische Ausbildung, legte dann aber eine Ausbildung zur Erzieherin nach. Später folgte das Studium im Fach „Sozialpädagogik/ Sozialarbeit“. Über mehrere Praktika während ihres Studiums kam Margaret Meyer schließlich zu ihrem Beruf. Bei der Bewährungshilfe

Köln arbeitete sie von 1977 bis 1999. Die Zeit mit Jürgen Roters als Polizeipräsident hat sie als sehr positiv erlebt. Seit 1999 ist Margarete Meyer pensioniert. Das ist für sie aber kein Grund gewesen, sich von dem Thema Resozialisierung zu verabschieden. Nach ihrer Pensionierung arbeitete sie bis November 2017 intensiv im Vorstand für den Förderverein Bewährungshilfe Köln.

band – nach oft jahrelanger Haft – „aufgefangen“ und unterstützt wird. So besteht die Chance zu verhindern, dass er in alte Verhaltensmuster zurückfällt und gegebenenfalls frühzeitig gegengesteuert werden kann.

Die Zusammenarbeit erlebe ich als offen und der Sache förderlich.

Wo sehen Sie Lücken im System der Entlassung oder Entlassungsvorbereitung?

Nach erheblichen Anfangsschwierigkeiten zu Beginn der Umsetzung der Konzeption KURs haben sich die Abläufe besser eingespielt, so dass wir in Einzelfällen auch schon vor der Entlassung an Fallkonferenzen in der JVA teilnehmen. Wir wünschen uns, dass dies Standard wird, um rechtzeitig über die Entlassvorbereitungen informiert zu sein und auch unsere Vorstellungen zu aus unserer Sicht erforderlichen Weisungen einbringen zu können, da wir als Polizei neben der Führungsaufsicht nach Entlassung weiter mit dem Probanden „arbeiten“ müssen.

Das Interview führte
Karl-Peter Ochs-Theisen

Bewährungshilfe und Polizei

Der Wandel zur Partnerschaft aus der Sicht der Bewährungshelferin

Margarete Meyer ist lebenserfahren. Und sie hat in Ihrem Leben auch schon viele Erfahrungen mit der Polizei gemacht - gute und weniger gute. Als Bewährungshelferin hat sie den Wandel der polizeilichen Zusammenarbeit mit der Bewährungshilfe miterlebt. Doch auch privat konnte sie ihre ganz eigenen Erfahrungen machen.

Als Margarete Meyer 1977 zur Bewährungshilfe kam, war die Polizei ihr bei ihrer Arbeit nicht immer hilfreich. Schon zu Beginn hatte sie den Eindruck, die Polizei von ihrem Resozialisierungsauftrag immer wieder überzeugen zu müssen. Dieser Eindruck verfestigte sich. Die klassische Situation entstand zum Beispiel, wenn einer ihrer Probanden festgenommen wurde. „Unser Ziel war, eine Untersuchungshaft möglichst zu vermeiden, denn das hätte den Probanden unter Umständen den Job und die sozialen Kontakte gekostet“, schildert sie. „Die

Polizisten waren verpflichtet uns anzurufen, wenn unser Proband gesagt hat, dass er unter Bewährung steht. Doch nicht immer waren die Polizisten übermäßig bereit, uns die nötigen Auskünfte zu erteilen“, so Margarete Meyer. „Wir wollten sicherstellen, dass die Resozialisierung nicht unterbrochen wird.“ „Als Jürgen Roters dann Polizeipräsident wurde, hat sich die Polizei allmählich geöffnet. Die Zusammenarbeit wurde sehr stark gefördert. Wir trafen uns öfters mit der Polizei und die Atmosphäre hat sich gebessert“, erinnert sich Margarete Meyer. Die Erfahrungen mit der Polizei wurden für sie mit der Zeit immer positiver. Die Polizei wurde nun weniger als Gegner, sondern vielmehr als Partner gesehen.

Das Gespräch führte Sebastian Bauer



Für die Polizei im Einsatz

Der Bezirksbeamte Peter Scharf ist mittendrin in Sülz

42 Jahre - so lange ist Peter Scharf bereits bei der Polizei. Seit 20 Jahren ist er Bezirksbeamter in Sülz - im stetigen Kontakt mit dem Haus Rupprechtstraße. Der 61-jährige „Beamte im Bezirks- und Schwerpunktdienst mit regionaler Verantwortung“ geht nächstes Jahr in Pension. Im Gespräch mit der Redaktion hat er auf seine Zeit als Polizist zurückgeschaut.

„Auf die Polizei aufmerksam geworden bin ich durch einen Flyer. Mein Vater sagte damals zu mir, ich solle doch mal schauen, ob das etwas für mich ist. Obwohl ich bereits eine Ausbildung zum Werkzeugbauer hinter mir hatte, hat es mich interessiert. Also habe ich mich informiert bei Beamten, die nach Bewerbern gesucht haben. Damals war die Hoch-Zeit der Roten Armee Fraktion. Darum wurden viele Neue bei der Polizei eingestellt“, erinnert sich Scharf. „Im April 1976 begann ich dann meine Ausbildung bei der Polizei. Nach der Ausbildung – September 1979 – wurde ich am Flughafen Köln/Bonn eingesetzt. Ein halbes Jahr später bin ich zur Wache nach Sülz gewechselt. Bis 1998 war ich hauptsächlich im Streifendienst und seitdem bin ich Bezirksbeamter.“

„Meine Arbeit bei der Polizei war immer sehr abwechslungsreich. Nebenamtlich war ich zum Beispiel vor vielen Jahren mal in der Verhandlungsgruppe tätig. Dort sind geschulte Beamte, die zur Stelle sein müssen, wenn irgendwo zum Beispiel eine Geisel genommen wird. Mein Alltag besteht aber eher darin, den Kontakt im Viertel zu halten – Präsenz zu zeigen und anstehende Aufgaben zu erledigen. Das sind zum Beispiel sogenannte Gefährderansprachen und Aufenthaltsermittlungen, sowie hin und wieder auch Haftbefehle“, schildert Scharf seinen Job. „Trotz der Strukturänderung im Jahr 2007 bleibe ich stets im engen Kontakt hier im Viertel. Als



Bezirksbeamter bin ich seitdem nicht mehr von Sondereinsätzen wie zum Beispiel bei Fußballspielen ausgenommen. Auch wenn ich jetzt manchmal weniger Zeit habe, um hier Präsenz zu zeigen, weiß ich, wie wichtig es ist, immer direkt ‚am Mann‘ zu sein.

Mit dem Haus Rupprechtstraße ist Peter Scharf seit Beginn seiner Zeit bei der Polizei im Kontakt. „Zu Beginn war es mit dem Haus Rupprechtstraße etwas turbulenter. Das waren ja die frühen Zeiten des Hauses. Es ist aber immer ruhiger geworden. Wir arbeiten gut mit dem Haus zusammen. Als ich Bezirksbeamter wurde, habe ich mich persönlich vorgestellt. Seitdem habe ich den Kontakt immer weiter gefestigt. Wenn ich Fragen habe, reicht es meistens sogar aus, wenn ich kurz

anrufe. Es ist recht unkompliziert. Das hat auch den Vorteil, dass der eine gegen den anderen nicht ausgesprochen werden kann - wir reden ja ständig miteinander.“

„Meine Kollegen informieren mich, wenn es Einsätze im Zusammenhang mit dem Haus Rupprechtstraße gegeben hat. Allgemein ist die Einrichtung aber kein großes Thema. Das ist gut so. Wegen der hochpreisigen Sanierungen hat sich Sülz im Laufe der Zeit gewandelt. Heute wohnen hier mehr Akademiker als früher. Da ist es wichtig, dass sich das Haus in das ruhige Klima eingliedert und keine Aufmerksamkeit auf sich zieht. Sicherheitshalber ist das Haus

Rupprechtstraße zwar ein Eigensicherungsobjekt - das heißt, dass bei einem Einsatz immer mindestens zwei Streifenwagen kommen müssen - das Haus steht aber trotzdem nicht unter Generalverdacht, wenn etwas in der Nähe passiert. Die alten Vorurteile wie ‚Das waren bestimmt die schon wieder‘ gibt es schon lange nicht mehr.“

Das Haus Rupprechtstraße und der Förderverein Bewährungshilfe Köln schauen auf eine lange Zeit guter Zusammenarbeit mit Herrn Scharf zurück und freuen sich besonders darüber, dass sich Herr Scharf für eine gute Nachfolge einsetzt. Wir wünschen ihm für seine Pensionierung alles Gute.

Das Gespräch führten Elisabeth Hoensbroech und Sebastian Bauer

Nachruf auf Metamarie Lauterbach Erinnerung an eine Unbeugsame

Am 18. August 2018 starb Metamarie Lauterbach nach einem erfüllten Leben im Alter von 86 Jahren. Ihre letzten Lebensjahre waren davon geprägt, dass sie zunehmend körperliche Einschränkungen ertragen musste.

Der Krieg und die Nachkriegszeit mit allen ihren Folgen waren eine tiefe Zäsur im Leben von Metamarie Lauterbach. Vielleicht war es ihr deshalb so wichtig, ihr Leben selbstbestimmt zu leben. Ihre ersten beruflichen Schritte machte sie als Näherin und später als Zuschneiderin. Einige Jahre später entschloss sich Metamarie zum Studium der Sozialarbeit. Eine Entscheidung, die sie mit Beharrlichkeit verfolgte.

Anfang 1972 begann sie ein Praktikum in der Bewährungshilfe Köln. Und sie blieb bis zu ihrer Pensionierung.

Ihre Arbeit als Bewährungshelferin hatte sie sowohl als Herausforderung als auch als Bereicherung erlebt. Im Mittelpunkt stand für sie der Klient, die Klientin - und dies mit Geduld, Aufmerksamkeit und Engagement. Ich war immer wieder davon beeindruckt, wenn sie unbeugsam und mit langem Atem für die Interessen von Klienten und Klientinnen eintrat.

Nicht zu vergessen: Die gemeinsamen Wanderungen mit einer Gruppe von Kollegen und Kolleginnen auf dem Fernwanderweg GR 21 auf Korsika der Wanderung in den Dolomiten und dem Rheinhöhenweg. All dies und noch viel mehr verbinde ich mit Metamarie Lauterbach. Ich verliere mir ihr eine langjährige Kollegin und Freundin.

Volker Menzel



Metamarie Lauterbach war seit vielen Jahren Mitglied des Fördervereins. Sie war dem Verein eng verbunden und hat ihn durch regelmäßige Spenden tatkräftig unterstützt. Solange es ihre Gesundheit zuließ, war sie treue und nicht wegzudenkende Teilnehmerin der Mitgliederversammlungen. Der Förderverein bleibt ihr über den Tod hinaus verbunden und wird ihr Andenken in ihrem Sinne bewahren.

Wolfgang Heidemann für den Vorstand des Fördervereins

Veranstaltungen

Bundesweiter Fachkongress Häuser des Jugendrechts:

Kriminelle Karrieren von Jugendlichen gezielt und schnell durch Kooperation verhindern

06. 02. - 07. 02 2019 in Paderborn

Infos: www.hdjrpaderborn.de

Da muss man doch was machen!

Jugendkriminalrecht im Spannungsfeld von Strafe, Erziehung und Gefahrenabwehr

15.02 - 17. 02 2019 in Bad Boll

Infos: www.dvjj.de

Radikal werden - Radikal bleiben?!

Sozialpädagogisches Arbeiten mit jungen Menschen mit Radikalisierungstendenzen

22.03.- 23. 03 2019 in Hannover

Infos: www.dvjj.de

24. Deutscher Präventionstag: „Prävention & Demokratieförderung“

Schwerpunktthema „Prävention & Demokratieförderung“

20.05.2019 – 21.05.2019 in Berlin

Infos: www.praeventionstag.de

Impressum

Herausgeber:
Förderverein Bewährungshilfe Köln e.V.
Rupprechtstraße 9, 50937 Köln
Tel.: 0221-941 99 69, Fax: 0221-278 30 86
Mail: fbk-ev@netcologne.de
Internet: www.FBKoeln.de
Postbank Köln
DE 55 37010050 000 922 15 01

Sparkasse KölnBonn
DE 96 370 50198 00 317 42 034

Redaktion:
Wolfgang Heidemann (verantwortlich)
Elisabeth Hoensbroech, Margarete Meyer,
Sebastian Bauer
Gestaltung: Günter Kreß, Köln
Druck: Caritas Werkstätten Köln

**Spendenkonto:
Postbank Köln
DE 55370100500009221501**

„Nicht nur hartes Durchgreifen führt zum Erfolg“

Als Polizeipräsident hat Jürgen Roters die Einstellung der Polizei geändert

Jürgen Roters ist vor allem bekannt durch seine Amtszeit als Oberbürgermeister der Stadt Köln und als Regierungspräsident der Bezirksregierung Köln. Von 1994 bis 1999 war er aber auch Polizeipräsident der Kölner Polizei - ein Quereinsteiger. Sein Werdegang nach dem Jurastudium - Abteilungsleiter und Dozent bei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen und persönlicher Referent des NRW-Innenministers Herbert Schnoor - haben ihn umfassend für diese Position qualifiziert.

Herr Roters, wie haben Sie die „Institution“ Polizei vorgefunden?

Als ich 1994 zur Polizei kam, befand sich diese unter dem damaligen liberalen Innenminister Herbert Schnoor, bei dem ich „in die Schule gegangen“ bin, insgesamt schon in einem Veränderungsprozess. Man merkte damals, dass nicht nur hartes Durchgreifen zum Erfolg führt, sondern auch die gesellschaftlichen Hintergründe wichtig sind. Aber in der Tat war es so, dass es wenig Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen denjenigen gab, die im sozialen Sektor Verantwortung trugen, bei der Polizei, der Stadt, und den Selbsthilfegruppen etwa. Es gab auch wenig Absprachen untereinander, und ich glaube, da ist ein Weg geöffnet worden, der einfach kursweisend war. Weil man dachte: Als Polizei müssen wir uns auch zumindest ein Bild davon machen, welche Hintergründe unsere Arbeit, unsere Kriminalitätsbekämpfung hat, und wie wir auch im Rahmen von Prävention mitwirken können, Straftaten zu verhindern. Man ging zu der Zeit dazu über, jungen Menschen den Weg zu weisen und die Prävention sehr intensiv auszubauen. Es war eine Zeit des Aufbruchs, das kann man so sagen. Es sind auch Themen aufgegriffen worden, die vorher bei der Polizei kaum eine Rolle spielten, etwa der Opferschutz. Um ein Beispiel zu nennen: Eine junge Frau, die vergewaltigt und verletzt worden war, wurde zuerst mit zur Vernehmung auf die Wache genommen statt in ein Krankenhaus ge-



bracht zu werden. Das musste verändert werden - der Opferschutz sollte Vorrang haben. Oder das Verhältnis zu denen, die eine andere sexuelle Orientierung hatten: Das sogenannte „Schwulenklatschen“ am Aachener Weiher war ein Problem. Viele der Opfer trauten sich nicht, zur Polizei zu gehen. Wir wollten die Angstbarrieren vor der Polizei abbauen.

Konnten Sie die Polizeiarbeit menschlicher machen?

Es gab damals eine Modernisierungsphase mit neuen Steuerungsmodellen und Zielvorgaben, die fand ich nicht hilfreich. Bei Wohnungseinbrüchen etwa waren für die Ermittlungen vor Ort 17 Minuten vorgesehen. Einer verängstigten älteren Dame, bei der eingebrochen wurde, ist aber mehr damit geholfen, wenn man sich ein bisschen mehr

Zeit für sie nimmt, mit ihr spricht und drei Tage später noch mal hingehet und ihr sagt: „Wir passen auf und gucken!“, damit sie das Vertrauen in die Polizei nicht verliert.

Zudem dachten wir möglichst früh an den Opferschutz und an eine mögliche Überweisung an die Opferberatungsstelle. Wir haben damals den Täter-Opfer-Ausgleich eingeführt, für den es später „Die Waage“ gab. So ist insgesamt ein Gesamtsystem entstanden, wie man als Polizei in moderner Form agieren kann und sollte.

Haben Sie diese Zeit auch als Neuanfang oder zumindest eine Änderung polizeilichen Denkens empfunden? Immerhin waren Sie ja - zumindest dem Abiturjahrgang nach - „68er“.

Ich bin kein „68er“ im Sinne eines Revoluzzers gewesen, aber ich war trotzdem ab und zu auch schon mal dabei, wenn eine Dekanats- oder Rektoratssitzung gesprengt wurde (lacht). Der freiheitliche Geist war damals ein Bruch mit der verkrusteten Gesellschaft. Er hat doch sehr vielen positiven Entwicklungen Bahn gebrochen. Die Geisteshaltung hat sich verändert und man ist offener geworden. Hilfreich war, was die Struktur bei Behörden wie der Polizei angeht, zudem, dass man bei der Polizei - auch intern über die Gehorsamspflicht hinaus - fortan Kritik üben durfte. Das hat das Klima unter den 5.000 Beamten positiv verändert.

War ihr beruflicher Werdegang möglicherweise ein Grund, nicht auf ausgefahrenen Gleisen gefahren und nicht im alten Polizeidenken verhaftet gewesen zu sein?

Es ist eine Grundidee der zivilen Polizeiführung, dass ein Polizeipräsident, der Verantwortung für die Philosophie einer Behörde trägt, von außen dazu kommt. Es ist ja kein Geheimnis, dass innerhalb der Polizei ein starkes Corps-Denken existierte und man sich nicht von außen reinschauen lassen wollte. Aber man muss als Polizeipräsident, der nicht unmittelbar aus der Hierarchie stammt, einen Weg finden für ein Gleichgewicht zwischen dem Verständnis für die tägliche Polizeiarbeit und der Verantwortung, die die Polizei für die Stadt oder das Stadtviertel, für die gesamte Gesellschaft, hat. Die Polizei musste sich dementsprechend öffnen. Im Zuge dessen sind dann auch die Bezirksbeamten, die in erster Linie dazu da waren, Bußgelder einzuziehen, beauftragt worden, im „Veedel“ ein Rückhalt zu sein, ein Ansprechpartner.

Haben Sie Widerstände erfahren und zu überwinden gehabt?

Ich weiß nicht, wie es im Hintergrund ausgesehen hat. Man darf sich da auch keinen Illusionen hingeben, dass es einfach ist, so etwas aufzubrechen. Es gab in meiner Zeit zum Beispiel das Projekt, die Geschichte der Kölner „Polizei im Nationalsozialismus“ aufzuarbeiten. Da waren schon auch Leute, die gesagt haben: „Muss das sein? Ist das nicht ‚Nestbeschmutzung‘?“ und „Wir haben besseres zu tun!“. Durch offene Gespräche zwischen den Beamten und der Führung konnten wir jedoch schnell Verständnis wecken. Auch hier haben sich Türen geöffnet.

1995 war auch die Zeit, zu der der CSD immer mehr präsent wurde. Damals wurde der Wunsch an uns herangetragen, die Regenbogenflagge auch vor dem Polizeipräsidium am Waidmarkt aufzuhängen. Die Stadt und der damalige Oberbürgermeister waren dagegen. Wir haben es aber trotzdem gemacht. Ich habe damals einen Brief an alle Mitarbeiter geschrieben und erklärt, dass es notwendig ist, auch Minderheiten Respekt entgegen zu bringen. Solche Dinge haben dazu geführt, dass das Verständnis für Veränderungen dann auch gewachsen ist.



Haben Sie bei der Polizei besondere Fortbildungen gefördert?

Fortbildungen - vor allem im Präventionskommissariat – wurden, gerade was die soziale Verantwortung anbelangt, regelmäßig durchgeführt. Der Umgang miteinander und die soziale Verantwortung füreinander sollten gefördert werden. Wir haben damals, erstmals in Deutschland, zusammen mit der Fachhochschule in Köln ein interkulturelles Training für die jungen Polizeibeamten gemacht. Wie gehe ich mit Menschen mit Migrationshintergrund um – auch damals gab es schon Flüchtlinge und Zuwanderung. Wie verhält man sich in einer Moschee? Dahinter stand die Erkenntnis, dass es gerade für einen Polizeibeamten hilfreich ist, wenn er die sozialen Hintergründe eines Tatgeschehens kennt.

Was hat Sie damals dazu bewegt, die Zusammenarbeit der Polizei mit der Bewährungshilfe zu fördern und zu stärken?

Bei den verschiedenen offenen Veranstaltungen waren immer auch Vertreter der Bewährungshilfe da. Man spürte den Wunsch, den Kontakt mit der Polizei zu verstärken. Ich weiß gar nicht, ob das mein Verdienst war, aber ich bekam immer sehr positive Rückmeldungen, dass sich das Klima geändert hätte. Das hat uns motiviert, diesen Weg weiterzugehen.

Durch welche Formen haben Sie die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bewährungshilfe vorangetrieben?

Wir haben viel zusammen gemacht, auch mit den sonstigen sozialen Einrichtungen wie SKM und SKF. Es gab runde Tische, auch für Gruppierungen, die sich mit dem Thema Rassismus beschäftigt haben. Und plötzlich wurde die Polizei, die sonst immer außen vor gewesen

war, eingeladen und hat mit zum Abbau gegenseitiger Vorurteile beigetragen. So kamen viele kleine Bausteine zusammen, die ein verändertes Klima in der Stadt auch mit herbeigeführt haben.

Als Polizeipräsident ist man in eine sehr starke Hierarchie eingebunden. Ist man möglicherweise trotzdem als Polizeipräsident freier als als Oberbürgermeister, der ständig die Parteien und „die Politik“ im Nacken hat?

Da ist was dran. Ein Polizeipräsident muss sich selbstverständlich an Weisungen aus dem Ministerium halten. Ein guter Kontakt zum Innenministerium ist daher sehr wichtig. Mit ausreichender Rückendeckung kann man jedoch einiges wagen. Als Oberbürgermeister ist man immer auf Mehrheiten angewiesen. Ohne den Stadtrat kann man nichts Größeres umsetzen. In dieser Position ist man dann stark eingeeignet.

Wenn man Regierungspräsident und Oberbürgermeister war, gerät eine Funktion wie die des Polizeipräsidenten fast zwangsläufig in den Hintergrund. Aus Ihrer Sicht unverdient?

Ein Oberbürgermeister steht stark im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Ein Polizeipräsident muss nicht jeden Tag in der Zeitung stehen. Manchmal ist es ganz hilfreich, im Hintergrund arbeiten zu können. In der Rückschau kann ich sagen, dass sehr viel Polizeiarbeit auch mit Vertrauen verbunden ist, dass die Bevölkerung das Gefühl hat: Wir haben eine Polizei, die ist bürgernah, die hilft uns, die ist aber auch in der Lage, durchzugreifen, wenn es notwendig ist.

Herr Roters, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führten Margarete Meyer, Wolfgang Heidemann und Sebastian Bauer